

**Interpellation von Herrn Palm an Herrn Minister Paasch zum Gesamtkonzept in der Unterrichtspolitik**

Behandelt in der Sitzung des Ausschusses für Unterricht und Ausbildung vom 8. März 2007

HERR PAASCH, Minister.- Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Herrn Palm bestätigen, dass er mir mit dieser Interpellation keinen roten, grünen, braunen oder blauen Teppich ausrollen wollte, ganz im Gegenteil. Ich habe mich nicht sonderlich über diese Interpellation gefreut, und persönlich hielt ich auch den Zeitpunkt für nicht besonders günstig. Ich habe aber wohl in der Zwischenzeit von vielen Schulverantwortlichen vernommen, dass ein solches Dokument, wie es Kollege Palm einfordert, durchaus erwünscht wäre.

Allerdings gebe ich offen zu, mit dieser Interpellation selbst und auch mit dem Rahmen dieser Interpellation meine Schwierigkeiten zu haben, denn in Wirklichkeit fordert man ein Dokument ein, so wie die Frage auch ursprünglich formuliert war. Ich bin natürlich nicht in der Lage, am Rednerpult Dokumente zu verteilen, ich habe sie aber trotzdem hinterlegt, damit sie verteilt werden können. Ich bin auch gerne bereit, dieses Dokument an dieser Stelle vorzustellen. Kollege Palm bezweckt mit dieser Anfrage, dass man zum einen aufzeigt, wo sich der rote Faden befindet, der sich durch alle Maßnahmen zieht, die wir ja bereits mehrfach im Rahmen der Regierungserklärungen zum Maßnahmenkatalog vorgestellt haben. Es soll also einerseits aufgezeigt werden, wie die Maßnahmen aufeinander aufbauen, und andererseits, wo sich das Gesamtkonzept in Wirklichkeit befindet. Ich werde dieses Dokument nun vorstellen. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass man darüber eine offene Aussprache führen könnte und sich nicht nur auf fünf oder zwei Minuten Redezeit am Rednerpult beschränken muss.

Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes und der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängen entscheidend von der Qualität der Bildung in unserer Gemeinschaft ab. In unseren Bildungseinrichtungen werden wesentliche Grundlagen für die Persönlichkeitsentwicklung, die sozialen Kompetenzen, die Lern- und die Beschäftigungsfähigkeit jedes einzelnen Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen. Die Beschäftigten im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft leisten hierzu seit vielen Jahren unter oftmals schwierigen Voraussetzungen einen sehr wertvollen Beitrag, der leider in der Öffentlichkeit nicht immer ausreichend gewürdigt wird. Alle gesellschaftlichen Kräfte sollten deshalb dazu beitragen, dass die anspruchsvolle Arbeit der 2.200 im Unterrichtswesen beschäftigten Frauen und Männer in der breiten Öffentlichkeit unserer Gemeinschaft besser anerkannt und wertgeschätzt wird. Lehrpersonen brauchen - wie alle anderen Menschen auch - positive Rückmeldungen und gesellschaftliche Anerkennung. Die Bildungseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sowohl im Jahre 2000 als auch 2003 bei den weltweit durchgeführten PISA-Studien besser abgeschnitten als der Durchschnitt aller OECD-Staaten. Internationale Experten und Bildungspolitiker haben in der Vergangenheit oft hervorgehoben, dass vieles im Bildungswesen der DG gut, zum Teil sogar sehr gut funktioniert. Das ist ermutigend. Dennoch dürfen wir nicht übersehen, dass es auch in unserem Bildungswesen Probleme und Schwachstellen gibt.

Wissenschaftliche Untersuchungen, u.a. die PISA-Studien, haben vor allem zwei Probleme ausgemacht, die ich auch an diesem Rednerpult schon oft dargelegt habe. Ich fasse sie noch einmal zusammen: Erstens verfügen zu viele Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht über die notwendigen Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen, um in der Gesellschaft als mündiger Bürger und auf dem Arbeitsmarkt als aktiver Arbeitnehmer bestehen zu können; zweitens hängen die Bildungschancen unserer Kinder allzu oft von ihrer sozialen Herkunft, dem Einkommen und dem Bildungsgrad ihrer Eltern ab.

Diese Probleme müssen wir lösen! Das ist natürlich eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Das ist aber auch ein konkreter Auftrag an die Bildungspolitik, dem wir uns stellen müssen. Unsere Aufgabe in der Bildungspolitik besteht darin, die Rahmenbedingungen für schulisches Arbeiten zu verbessern und an neue Herausforderungen anzupassen. Genau wie in den meisten Staaten nicht nur der Europäischen Union, sondern der gesamten Welt müssen deshalb auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bildungspolitische Reformen durchgeführt werden. Dabei dürfen wir aber nicht in einen kontraproduktiven Aktionismus verfallen und unüberlegte Schnellschüsse abfeuern.

Bildungseinrichtungen brauchen Planungssicherheit und dürfen nicht durch zusammenhanglose Einzelmaßnahmen verunsichert werden.

Um die empirisch nachgewiesenen Probleme in unserem Bildungswesen zu lösen, benötigen wir stattdessen eine wissenschaftsbasierte Bildungspolitik, ein Gesamtkonzept, bestehend aus zusammenhängenden, wohl durchdachten und wissenschaftlich überprüften Maßnahmen.

Die Regierung hat dem Parlament am 13. September 2004 einen entsprechenden Maßnahmenkatalog unterbreitet, der seitdem permanent aktualisiert wurde. Alle Maßnahmen dieses Katalogs gehören zu einem Gesamtkonzept, mit dem wir vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Probleme zwei Ziele verbinden: Erstens, die Unterrichtsqualität zu verbessern und, zweitens, für mehr soziale Chancengerechtigkeit im Unterrichtswesen zu sorgen.

Dass alle Maßnahmen zusammen gehören und einander ergänzen, kann anhand folgender Vorhaben verdeutlicht werden, von denen Sie die meisten schon kennen, einige dürften neu sein. Ganz neu ist hoffentlich dem einen oder anderen, inwieweit diese Maßnahmen miteinander verbunden sind.

Erstens, unsere Schulen brauchen verbindliche Zielvorgaben. Mit Unterstützung internationaler Experten, erarbeiten bekanntlich zurzeit - Kollege Strougmayr wies auch darauf hin - Vertreter aller Netze und aller Schulebenen auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien verbindliche Kernkompetenzen für den gesamten Primarunterricht und für die erste Stufe des Sekundarunterrichts.

Jeder Jugendliche muss nach meiner festen Überzeugung bis zum Abschluss der ersten Sekundarstufe befähigt werden, am Prozess des lebenslangen Lernens teilzunehmen. Nach Abschluss der 1. Sekundarschulstufe, in der Regel mit 14 Jahren, muss er nicht unbedingt über ein fundiertes, detailliertes Fachwissen in allen Sachfächern verfügen. Wohl aber benötigt er ausgeprägte Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben, Rechnen und Kommunizieren.

Entsprechend präzise und auf dieser pädagogischen, philosophischen Grundlage müssen diese Kernkompetenzen formuliert werden, getreu dem Grundsatz „weniger ist mehr“. Die Kernkompetenzen müssen auf den für den Kindergarten festgehaltenen Entwicklungszielen aufbauen und gleichzeitig den Übergang von der Primar- zur Sekundarschule erleichtern, damit selektiv wirkende Schnittstellen zwischen den einzelnen Schulebenen aufgehoben werden können.

Kernkompetenzen können nur dann wirksam vermittelt werden, wenn gleichzeitig auf diese Kernkompetenzen aufbauende Lehrpläne und Schulbücher zur Verfügung gestellt werden. Unmittelbar nach der Fertigstellung der Kernkompetenzen wird die Lehrplankommission deshalb entsprechende, kohärente Lehrpläne ausarbeiten und Schulbücher empfehlen. Mittelfristig müssen ebenfalls kohärente Kernkompetenzen und Lehrpläne für das Förderschulwesen und für die 2. und 3. Stufe des Regelsekundarschulwesens ausgearbeitet werden.

Zweitens, muss die Gesellschaft bei der Umsetzung dieser Zielvorgaben den Schulgemeinschaften ein größtmögliches Vertrauen entgegenbringen. Wir brauchen eigenverantwortliche Schulen. Die Eigenverantwortung der Schulen aller Netze wurde deshalb durch die im Sammeldekret 2006 verankerte Dienstrechtsreform, auf die Kollege Strougmayr ebenfalls hingewiesen hatte, entscheidend gestärkt.

Drittens, damit die Schulgemeinschaften ihre gewonnene Eigenverantwortung auch tatsächlich im Schulalltag wahrnehmen können, dürfen wir sie nicht allein lassen und müssen mehrere

Voraussetzungen geschaffen werden. Da wäre erstens die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen. Im Jahre 2005 haben wir durch die Zusammenlegung der Hochschulen und die Gründung der Autonomen Hochschule ein besonders wertvolles Instrument zur Steigerung der Unterrichtsqualität geschaffen, mit anspruchsvollen Erst-, Weiterbildungs- und Zusatzausbildungsangeboten. Gleichzeitig wurde in diesem Schuljahr auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse ein neues Weiterbildungskonzept mit aufeinander abgestimmten Angeboten von PDM, AHS und externen Partnern aus dem In- und Ausland erarbeitet und umgesetzt. Dabei werden neben altbewährten Themen auch neue inhaltliche Schwerpunkte festgelegt, so zum Beispiel die Umsetzung der neuen Kernkompetenzen im täglichen Unterricht als Schwerpunkt des nächsten Weiterbildungshandbuchs; die Frühdiagnose und Frühförderung in der Grundschule; die Klassenführungskompetenz; die Muttersprachen- und Fremdsprachendidaktik; die Konfliktbewältigung; die Bewertung und Evaluation von Schülerleistungen; Elterngespräche; die Heil- und Förderpädagogik.

Eine zweite Voraussetzung ist die Reform der Schulleitungsstrukturen, denn in einer eigenverantwortlichen Schule kommt der Schulleitung eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen Schulleiter deshalb in den Genuss einer fundierten Aus- und Weiterbildung vor allem in den Bereichen Personalführung, Personalbewertung und Schulentwicklung kommen lassen. Entsprechende neue Angebote werden sowohl von der PDM (kurzfristig) als auch von der AHS (mittelfristig) vorbereitet und zum Teil bereits durchgeführt (z.B. im Grundschulwesen noch in diesem Jahr). Kollege Strougmayr könnte dies bestätigen. Diese Ausbildungsabschlüsse müssen natürlich bei der Auswahl, der Bezeichnung und Ernennung von Schulleitern berücksichtigt werden können. Das Auswahlverfahren für Schulleiter muss deshalb reformiert werden. Wir werden dem Parlament noch vor den Sommerferien 2007 einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Da die Anforderungen an Schulleitungen in eigenverantwortlichen Schulen nicht ab- sondern zunehmen, müssen wir mittelfristig auch eine Unterstützung der Schulleiter durch moderne „Middle Management“-Strukturen ins Auge fassen.

Eine dritte Voraussetzung ist die Verbesserung der materiellen und personellen Rahmenbedingungen in unseren Schulen. Dafür möchte ich einige Beispiele nennen. Erstens, um anspruchsvollen Unterricht erteilen zu können, brauchen eigenverantwortliche Schulen anspruchsvolle Räumlichkeiten. Deshalb hat die Regierung ein ehrgeiziges Investitionsprogramm in Höhe von 35.000.000 EUR beschlossen, um die Infrastruktur aller Schulen in allen Netzen auf einen anspruchsvollen, modernen Ansprüchen genügenden Stand zu bringen.

Zweitens, um Grundfertigkeiten vermitteln zu können, brauchen eigenverantwortliche Schulen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien. Deshalb haben wir uns dem Cyberklassen-Projekt der Wallonischen Region angeschlossen. Außerdem werden wir mittelfristig alle Sekundarschulen mit modernen Mediotheken auf der Grundlage eines medienpädagogischen Konzepts ausstatten. Bisher wurden bereits über unsere Schulmediotheken in die Mediothek der Hochschule und in den Verbund MEDIA DG 1.500.000 EUR gezielt in die Förderung der Lesekompetenz investiert.

Drittens, um unsere Zielvorgaben umsetzen zu können, brauchen eigenverantwortliche Schulen genügend Personal. Deshalb haben wir (im Verhältnis zur Schülerzahl) die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal ermöglicht. Im Jahre 2005 wurde das Einfrieren des Stundenkapitals im Grundschulwesen beendet. Auch dem Sonderschulwesen wurde über das Sammeldekret 2005 zusätzliches Stundenkapital zur Verfügung gestellt. Das Stundenkapital im Regelsekundarschulwesen möchten wir ebenfalls noch in diesem Jahr verbessern, auch, und das sollten wir offen zugeben, wenn unsere finanziellen Möglichkeiten in diesem Bereich sehr begrenzt sind. Wir werden dennoch dem Parlament noch vor den Sommerferien 2007 einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Viertens, genügt es nicht, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um neue Lehrpersonen einzustellen, man muss diese Lehrpersonen auch auf dem Arbeitsmarkt finden, und deshalb

müssen wir den Lehrerberuf attraktiver machen. Neu sein dürfte für Sie, dass die Regierung den Gewerkschaften - obwohl die Verbindungen zu den Gewerkschaften manchmal sehr gut funktionieren – bereits entsprechende Vorschläge unterbreitet hat, über die zurzeit im Sektorenausschuss verhandelt wird.

Wir werden dem Parlament und der Öffentlichkeit diese Maßnahmen noch vor den Sommerferien 2007 vorstellen.

Fünftens, um Lehrpersonen in eigenverantwortlichen Schulen die Möglichkeit zu geben, allen Kindern und Jugendlichen die notwendigen Kernkompetenzen zu vermitteln, müssen wir ihnen genügend Unterrichtszeit einräumen. Um die für den Unterricht zur Verfügung stehende Zeit zu erhöhen, wurden die Zeiträume für Prüfungen und Einspruchsverfahren über die Sammeldekrete 2005 und 2006 verkürzt. Mittelfristig wollen wir in einem breiten Dialog mit dem Parlament und den Schulgemeinschaften die heutigen Bewertungs- und Prüfungssysteme grundsätzlich hinterfragen und weitere Reformen ins Auge fassen.

Sechstens, damit eigenverantwortliche Schulen den Bedarf in der gesamten Deutschsprachigen Gemeinschaft abdecken können, brauchen wir eine auf die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft zugeschnittene Schullandschaft. Deshalb müssen wir gemeinsam mit den betroffenen Schulträgern die einstimmig verabschiedete Resolution des Parlamentes vom 26. Juni 2000 umsetzen: Fusion der ÜPH mit der SGU (Eupen); Übertragung der Paul-Gérardy-Grundschule in das Gemeindeschulwesen (Burg Reuland).

Siebtens, damit jedes Kind eine seinen individuellen Bedürfnissen entsprechende eigenverantwortliche Schule (Förderort) findet und alle Förderorte in die Lage versetzt werden, bedarfsgerecht auf besondere Schwächen, Beeinträchtigungen und Stärken von Kindern einzugehen, werden wir dem Parlament möglichst noch in diesem Kalenderjahr ein neues Förderdekret unterbreiten.

Achtens, um Jugendliche in den B-Klassen und in den Teilzeitzentren unserer eigenverantwortlichen Sekundarschulen gezielter fördern zu können, müssen neben den oben erwähnten materiellen Rahmenbedingungen mehrere zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, wie die Einführung eines 3. polytechnischen Schuljahres in den berufsbildenden Abteilungen oder auch die Reform des Teilzeitunterrichts.

Ich komme zu einer vierten Voraussetzung: Wer Zielvorgaben definiert, wer die Eigenverantwortlichkeit von Schulen stärkt und die materiellen Rahmenbedingungen verbessert, der hat das Recht und die Pflicht, auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien zu überprüfen, ob diese Ziele auch in der Praxis, d.h. im Schulalltag, erreicht werden. Deshalb haben wir gemeinsam mit Experten aus dem In- und Ausland ein Qualitätssicherungssystem nach flämischem Vorbild entworfen.

Die Kombination aus interner und externer Evaluation soll ein umfassendes Bild über die Arbeit in jeder Einzelschule vermitteln und als Grundlage dafür dienen, die Arbeitsbedingungen in jeder Einzelschule maßgeschneidert zu verbessern. Noch in diesem Schuljahr wird mit der Evaluation von Schulen in der DG begonnen.

Deshalb werden wir uns an weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen beteiligen. Anfang 2006 wurde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum dritten Mal eine PISA-Studie durchgeführt, an der sich alle 15-jährigen Schülerinnen und Schüler aller Schulen beteiligt haben. Im Mai 2007 werden die Grundschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum ersten Mal an der internationalen IGLU-Studie teilnehmen. Kollege Strougmayr, entgegen Ihrer Aussage ist diese Studie nicht auf die Deutschsprachige Gemeinschaft begrenzt, sondern sie ist, genau wie die PISA-Studie, eine internationale Vergleichsuntersuchung, und dabei wird die Lesekompetenz aller Schülerinnen und Schüler des 4. Grundschuljahres getestet.

Noch in diesem Schuljahr wird die ULG zum ersten Mal so genannte DELF-Tests in den Grund- und Sekundarschulen der DG durchführen, um auf der Grundlage objektiver und messbarer Kriterien die Fremdsprachenkenntnisse in unserer Gemeinschaft zu hinterfragen.

Dem Austausch zwischen Bildungspolitikern, Schulverantwortlichen und Bildungswissenschaftlern wird eine große Bedeutung beigemessen, weil wir nach unserer festen

Überzeugung eine auf empirischen Untersuchungen basierende Schulpolitik brauchen. Bildungsfragen müssen öffentlich auf wissenschaftlicher Basis diskutiert werden. Deshalb organisieren wir regelmäßig Fachforen und öffentliche Symposien mit international anerkannten Wissenschaftlern.

Um Schulkarrieren auswerten und aus bestehenden Schülerdaten Rückschlüsse auf Schwächen und Stärken in unserem Bildungssystem schließen zu können, müssen wir die elektronische Datenverarbeitung im Ministerium verbessern. Im Jahre 2006 wurde ein Projektmanager mit der Ausarbeitung eines neuen Informatiksystems beauftragt. Diese Maßnahme entspricht übrigens einer Empfehlung des WSR.

Wissenschaftliche Untersuchungen sind natürlich kein Selbstzweck. Sie ermöglichen einen wissenschaftlichen Einblick in Stärken und Schwächen unseres Bildungssystems. Aus diesen Erkenntnissen können und müssen konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Fünfte Voraussetzung: Eigenverantwortliche Schulen brauchen externe Ansprechpartner. Sie dürfen mit ihrer anspruchsvollen Aufgabe nicht alleine gelassen werden. Zu diesen Partnern gehören neben Schulträgern, Behörden und öffentlichen Einrichtungen auch die PMS- und Gesundheitszentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Um eine effiziente Nutzung aller verfügbaren Ressourcen zu ermöglichen, streben wir die Fusion aller PMS-Zentren an. Zu diesen Ansprechpartnern gehört auch die Pädagogische Inspektion, für deren Arbeit wir eine neue, den heutigen Bedürfnissen entsprechende rechtliche Basis schaffen wollen.

Sechste Voraussetzung: Damit die in eigenverantwortlichen Schulen zu lern- und beschäftigungsfähigen Menschen ausgebildeten Jugendlichen nach ihrem Schulabschluss einen ihren Möglichkeiten und Ansprüchen genügenden Studien- bzw. Arbeitsplatz finden, brauchen wir effiziente Studien- und Berufsberatungsangebote. Die im Maßnahmenkatalog angekündigten Projekte werden deshalb konsequent umgesetzt.

Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Gesamtkonzept gehören außerdem einige wichtige Querschnittsaufgaben, die ich hier nur kurz erwähnen möchte, wie die Förderung der Mehrsprachigkeit, eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, eine verstärkte politische Bildung (Bürgerkunde) in allen Schulen, unterstützende Maßnahmen, um das Interesse an Naturwissenschaften zu fördern, ein neues Statut für die Musikakademie, usw.

Unser Gesamtkonzept besteht aus 33 Maßnahmen, 109 Projekten und 615 konkreten Arbeiten, wovon bereits 330 durchgeführt wurden. Ich habe versucht darzulegen, dass alle diese Maßnahmen aufeinander aufbauen, dass sie sich gegenseitig ergänzen, dass wir sie nicht losgelöst voneinander umsetzen oder betrachten dürfen, dass sich durch all diese Maßnahmen ein roter Faden zieht.

Dennoch glaubt die Regierung, dass dieses Konzept im Lauf der Zeit immer wieder neuen Herausforderungen angepasst werden muss. Weitere Maßnahmen werden notwendig sein, um die eingangs erwähnten Probleme zu lösen. Einige Herausforderungen sind bereits jetzt absehbar.

Schwächen und Stärken von Kindern müssen möglichst früh diagnostiziert und über eine möglichst individuelle Förderung frühzeitig behoben bzw. gefördert werden, sei es im Regel-, sei es im Förderschulwesen; der sozialgerechte Zugang zum Bildungswesen muss vereinfacht und verbessert werden; die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund muss gezielt unterstützt werden; dem Thema der Hausaufgabenbetreuung müssen wir mehr Aufmerksamkeit widmen. Über diese und andere Aufgabenfelder führen wir deshalb einen breiten Dialog mit Schulgemeinschaften und unabhängigen Wissenschaftlern. Wir werden unser Gesamtkonzept auf der Grundlage dieser Erkenntnisse durch weitere Maßnahmen ergänzen, um die Bildungsqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft langfristig abzusichern und allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, einen sozial verträglichen Zugang zu anspruchsvollen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Soweit die Vorstellung dieses Dokuments. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.